

China und Amerika – eine imperialistische Konkurrenz neuen Typs

Im Sommer empfing Barack Obama seine Gäste beim amerikanisch-chinesischen Gipfeltreffen mit den schmeichelhaft gemeinten Worten „*Unsere Beziehung wird das 21. Jahrhundert prägen*“. Während der Gespräche mussten die Amerikaner dann Berichten zufolge stundenlang ihre Finanzpolitik rechtfertigen, die sonst übliche Thematisierung der „*Lage der Menschenrechte in China spielte (...) nur am Rande eine Rolle.*“ (29.7.2009, SZ). Kurz darauf verkündete der amerikanische Vize-Außenminister Steinberg, „*dass wir bereit sind, die ‚Ankunft‘ Chinas als einer reichen und erfolgreichen Macht willkommen zu heißen*“ (Vortrag in Washington, 24.9.09).

Was ist los bei der Weltführungsmacht, die noch unter Bush klipp und klar den Anspruch formuliert hatte, nie wieder zu dulden, dass ein Rivale zu annähernd gleicher Augenhöhe aufsteigt? In der ökonomischen und politischen Macht, die sich die chinesische Volksrepublik in den letzten Jahren erobert hat, sieht sich Amerika offensichtlich einer neuartigen *Herausforderung* gegenüber. Mit einem neuerlichen *change* will Obama auf einen ökonomischen Konkurrenten antworten, der sich in den letzten zwei Jahrzehnten *im* kapitalistischen Weltmarkt hochgearbeitet hat. China hat sich sozusagen „systemkonform“ unter Aufsicht und mit tätiger Mithilfe der USA Mittel angeeignet, mit denen es inzwischen nicht nur sein eigenes Wachstum vorantreibt, sondern sich überall auf der Welt „breitmacht“, Rohstoff- und Absatzmärkte, strategische Positionen und Freundschaften sichert – also all das tut, was die USA aus ihrem eigenen imperialistischen Welterschließungsprogramm sehr gut kennen. Gleichzeitig hat Amerika dieses Land in keiner Weise „im Griff“. Es ist nicht (wie Europa und Japan) in seine Allianzen eingeordnet, in Fragen politischer und militärischer Souveränität also auch nicht einfach erpressbar. Und seine Führung, die Kommunistische Partei, sorgt nach Kräften dafür, dass die etablierten westlichen Mächte zu ihren ökonomischen Aktivitäten im Land nicht noch Hebel *politischer* Einflussnahme in die Hand bekommen (wie in vielen anderen Zerfallsprodukten des sozialistischen Ostblocks).

Ein Grund zur Schadenfreude, etwa der Art, dass sich die Weltmacht USA da einen interessanten Widerspruch selbst herangezüchtet hat und jetzt an ihm herumlaboriert, ist das nicht. Denn erstens ist das China, das den Amerikanern da in die Quere kommt, mitnichten eine Art Hoffnungsträger für eine alternative Weltordnung. Einmal abgesehen vom Unsinn eines solchen Bedürfnisses, nach einer „real existierenden“ Kraft zu fahnden als Bedingung, Perspektive, Kronzeuge oder sonst was für die eigene Gegnerschaft, um die es schlecht bestellt ist: Um zu glauben, dass man so etwas in China vor sich hat, muss man sich Ökonomie und (Außen-)Politik der Volksrepublik gegen alle Realität ziemlich umdeuten – nur so werden nämlich aus *Konkurrenzerfolgen* dieses Landes, das seit jetzt 30 Jahren mit aller nötigen staatlichen Gewalt und Umsicht eine erfolgreiche kapitalistische Wirtschaft etabliert, „Ansätze“ oder zumindest „Bedingungen“ für etwas „Anderes“. Zweitens führen die Widersprüche, denen sich *Staaten* gegenübersehen, mit schöner Regelmäßigkeit zu Versuchen, sie zu bereinigen – und das machen die Subjekte der Weltgeschichte, indem sie *ihre* Instrumente ins Rennen schicken, ihre loyalen Völker und ihre Gewalt- und Erpressungsmittel.

Es ist aber Grund genug, sich einmal klarzumachen, wie es zu dieser Konkurrenz neuen Typs – zwei Staaten, die um die Weltmacht kämpfen und zugleich voneinander „leben“ – gekommen ist und was ihren imperialistischen Gehalt ausmacht.

China klinkt sich in die imperialistische Weltordnung ein

Zu Beginn der 70er Jahre vollzog die sozialistische Volksrepublik eine weltpolitisch bedeutsame Weichenstellung: Sie nahm Verbindung zu den USA, der Führungsmacht des bis dahin nach Kräften attackierten imperialistischen Lagers auf. In der Folge konnten die USA die Sowjetunion welt- wie rüstungspolitisch mehr unter Druck setzen. Vor allem aber war es ihnen gelungen, China, das dem Weltkapitalismus mit seiner Doktrin von der „Unvermeidbar-

keit des Krieges“ zwischen Imperialismus und Sozialismus bis dahin trotzig und unberechenbar gegenüberstand und seit 1964 selbst über die Atombombe verfügte, ein Stück weit *einzu-binden* in ihre „Ordnung“ der Welt. Mit der (Wieder-)Aufnahme bilateraler Beziehungen zu Washington mitten im laufenden Vietnamkrieg und trotz der militärischen Ausbreitung der USA in Südkorea, Japan, den Philippinen etc. signalisierte Mao seine Bereitschaft, sich mit einer führenden Rolle der USA in der Welt und im Pazifik zu arrangieren. Umgekehrt akzeptierten die Amerikaner dafür eine atomar bewaffnete Volksrepublik als Regional- und Großmacht und nahmen kurz darauf hin, dass „Rotchina“ den (vorher dem US-Verbündeten Taiwan zugesprochenen) Sitz im Sicherheitsrat der UN besetzte.

Die USA haben dem kommunistischen China also das Angebot auf einen Platz *in* „ihrer“ Welt gemacht – unter der Bedingung, dass seine Parteiführung sich damit abfindet, wie es in dieser Welt zugeht: 1. freier Handel zwischen den Staaten der ‚freien Welt‘, über die Amerika eine Art Oberaufsicht führt; 2. unversöhnliche Feindschaft zwischen dem westlichen und dem sowjetischen Lager, aus dem die Volksrepublik endgültig ausschert. Selbstverständlich war das Angebot des damaligen Nixon-Kissinger-Gespans mit dem Wunsch verbunden, dass die *Ein-* im Idealfall zur *Unterordnung* des unhandlichen Landes führen soll. Amerika hat deshalb die neu eröffneten Beziehungen mit ein paar ökonomischen Angeboten flankiert – in der klaren Hoffnung, dass sich das wirtschaftlich nicht gerade gefestigte Land alsbald in ausnutzbare *Abhängigkeiten* hineinreiten würde.

China seinerseits hat sich entschieden, seine nationalen Interessen künftig in Kooperation *mit* dieser kapitalistischen Welt und all ihren – bis dahin vorwurfsvoll angeklagten – Gemeinheiten zur Geltung zu bringen. Die berechnende Anerkennung, die ihm die USA angeboten haben, hat es – bei allem gehörigen Respekt vor der amerikanischen Supermacht! – als Gelegenheit betrachtet, *sich* neu aufzubauen und einen anerkannten Platz in der Hierarchie der großen Nationen zu ergattern, sich also *in* der Konkurrenz der imperialistischen Staaten durchzusetzen und nicht im Kampf *gegen* sie. Dafür hat China die politische Wendung nach Westen in der Folgezeit um seine ökonomische Öffnung ergänzt.

Das alte „Reich der Mitte“ hat es dabei in den vergangenen dreißig Jahren seines staatlich initiierten und gelenkten Kapitalismus geschafft, sich zu einer der wenigen wichtigen Wirtschaftsnationen auf der Welt hochzuarbeiten – ein durchaus bemerkenswerter Sonderfall gegenüber dem „normalen Schicksal“ eines *Entwicklungslandes*. Während sonst nach der Logik von Geschäft und Gewalt die Aufnahme von Beziehungen mit den in jeder Hinsicht überlegenen kapitalistischen Erfolgsnationen regelmäßig zu einseitiger ökonomischer Abhängigkeit und prinzipieller Beschränkung des politischen Handlungsspielraums führt, macht es offenbar einen entscheidenden Unterschied aus, als *größtes* Entwicklungsland der Welt in ein solches Unterfangen einzusteigen. Das entsprechend riesige Interesse der internationalen Geschäftswelt (und deren Konkurrenz) sorgte nämlich für eine ansonsten unübliche Bereitschaft, die von der kommunistischen Staatspartei erlassenen Zugangsvoraussetzungen zu akzeptieren. Einmal erfolgreich „angestoßen“ fand eine „*ursprüngliche Akkumulation*“ statt – die durch viel staatliche Gewalt „flankierte“ Schaffung einer allgemeinen Basis kapitalistischer Gewinnproduktion, deren Ergebnisse den Ausgangspunkt für die beständige Ausweitung und Ausbreitung rentabler Geschäfte bilden – und das in einem bisher unbekanntem Ausmaß. Auch wenn der kapitalistische Boom bisher hauptsächlich Chinas Ostküste (und selbst die noch nicht durchgängig) erfasst hat – die *Menge* der bislang dort stattfindenden Produktion gewinnträchtiger Ware hat bis heute schon einiges durcheinander gebracht im etablierten Weltkapitalismus.¹

Das ist einerseits schön für westliche Unternehmen, weil akkumulierendes chinesisches Kapital eine gute Basis für weitere und mehr eigene Geschäfte darstellt. Das ist andererseits nicht

¹ Eine genaue Erklärung für diesen Sonderfall einer auf dem Weltmarkt „zu spät gekommenen“ und trotzdem erfolgreichen Nation findet sich in den Kapiteln 3 und 4 des Buchs „China. Ein Lehrstück“; was das für die chinesischen Lohnarbeiter bedeutet und wie „Chinas neue Kapitalistenklasse“ entsteht, in den Kapiteln 5 und 7.

ganz so schön, weil dieses Kapital inzwischen genauso agiert wie das westliche auch, also vor Ort zunehmend als *Konkurrent* auftritt und außerdem beileibe nicht in seiner angestammten Heimat bleibt, sondern längst in alle Welt ausschwärmt und die hiesigen Märkte, die doch eigentlich für den Absatz „unserer“ (China-)Waren reserviert waren, angreift.

So hat sich *dasselbe*, was China für den Westen so attraktiv gemacht und was sich in Zeiten stagnierenden oder schrumpfenden Weltgeschäfts als „entgegenwirkende Ursache“, d.h. als riesiges, noch zu entwickelndes Potenzial für geschäftliches *Wachstum* dargestellt hat, seine *Größe* als Quelle von Bereicherung also, vom Standpunkt der westlichen Führungsnationen inzwischen gewissermaßen als Pferdefuß herausgestellt. Nicht in dem Sinn, dass die zahlreichen kapitalistischen Spekulationen auf das Reich der Mitte *nicht* oder nicht genügend aufgegangen wären. Ganz im Gegenteil: Westliche Unternehmer haben ungemein *viel* erfolgreiches Geschäft in China zustande gebracht und es deshalb immer weiter ausgeweitet. Genau das hieß aber umgekehrt: Wenn in einem so riesigen Land kapitalistisches Wachstum in Schwung kommt und eine Staatsführung wie die Kommunistische Partei es schafft, Land und Leute dafür ebenso zu mobilisieren wie unter ihrer Kontrolle zu halten, wird *auswärtiges Kapital* zum Mittel *seines* nationalen Aufstiegs. Der Einstieg in die imperialistische Weltordnung hat die Nation bereichert, macht sie damit zu einem potenten Konkurrenten und stärkt die politischen Verwalter der chinesischen Ökonomie, statt dass er sie schwächt und zunehmend politischer Erpressung und auswärtiger Kontrolle ausliefert.

Eine neue imperialistische Macht

Dabei haben Chinas Politiker in dem Bewusstsein agiert, allein schon wegen der schieren Größe ihres Landes über eine potenzielle *Weltmacht* zu herrschen, der sie endlich wieder zu dem ihr „zustehenden“ Platz verhelfen wollen. Dass sie mit diesem Anliegen in eine internationale Gewaltordnung eintreten, in der die USA das Sagen haben, hat sie genau so wenig geschreckt wie die Aussicht, dass zur Behauptung in dieser Welt von Geschäft & Gewalt diverse Gemeinheiten nötig sind. Die Einladung der Amerikaner, in ihrer Weltordnung mitzumachen, haben diese Nationalkommunisten jedenfalls nie blauäugig missverstanden. Von ihrem ansonsten nicht mehr so angesagten Ex-Vorsitzenden Mao haben sie sich auf alle Fälle gemerkt, dass „die Macht aus den Gewehrläufen“ kommt, die Rolle eines Landes in der Welt also vor allem anderen an den (Gewalt-)Mitteln hängt, die es mobilisieren kann, um anderen Staaten das eigene Interesse aufzwingen zu können.

Dass gerade der ökonomische Erfolg ihres Landes für einige neue Gegensätze und scharfe Töne im regional- wie weltpolitischen Szenario gesorgt hat, hat die Politikergarde in Beijing insofern nicht wirklich überrascht. Ebenso wenig natürlich die etablierten Weltordnungsmächte, welche die Unvereinbarkeit so mancher chinesischer Konkurrenzanstrengung mit ihrer Lesart der „globalen Spielregeln“ festgestellt und die „Lösung“ der so definierten „Konflikte“ auf die Tagesordnung gesetzt haben. Sie finden es nämlich überhaupt nicht in Ordnung, wenn sich ein „armes“ Land in einem solchen Tempo zur Export-, Gläubiger- und Kapitalexportnation hocharbeitet – auch einmal eine schöne Aufklärung darüber, wie der früher im Westen so beliebte Terminus *Entwicklungsland* auf alle Fälle nie gemeint war! Amerikanische Politiker rechnen hoch, wie diese „Entwicklung“ weitergehen soll, und sehen sich durch eine „kommende Weltmacht China“ enorm gestört.

Dagegen macht die Volksrepublik selbstbewusst ihr „Recht auf friedliche Entwicklung“ geltend. Neben den „Fortschritten“, die die politische Klasse des Landes im Inneren in Gang setzt, werden chinesische Politiker mit einer ganzen Latte außenwirtschaftlicher wie -politischer Aktivitäten, die einem „Lehrbuch Imperialismus“ entnommen sein könnten, auf dem Globus aktiv: Sie nutzen die wachsenden ökonomischen Mittel, über die sie inzwischen verfügen, wie die Abhängigkeiten, die sich für andere Staaten in aller Welt aus dem Geschäft mit China bereits eingestellt haben, zielstrebig dafür aus, sich gegen die etablierten kapitalistischen Großmächte ökonomische ‚Besitzstände‘ auf- und auszubauen, ob in Asien, Lateiname-

rika oder Afrika. Sie bringen politische Kooperationen auf den Weg, die sich perspektivisch – und auf der Basis einer gesteigerten chinesischen Militärmacht, welche für die fälligen Schutzversprechen wie Erpressungsmanöver auch materiell eintreten kann – zu wertvollen Positionen in der strategischen Machtkonkurrenz ausgestalten lassen, etwa mit Russland und den zentralasiatischen Staaten im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization (SCO).

Die Weltmacht USA sieht sich herausgefordert

Die etablierten Hüter der internationalen Konkurrenzordnung bemerken selbstverständlich, dass sich der Neueinsteiger ins kapitalistische Weltgeschäft überall unangenehm breit macht. Vor allen anderen sieht sich natürlich Amerika herausgefordert. Schließlich hat es die Weltordnung zu *seinem* Nutzen eingerichtet – und in diesem Sinne auch China zur Teilnahme eingeladen. Nicht erst seit heute steht man in Washington dem Resultat mit gespaltenen Gefühlen gegenüber. Dass chinesische Waren die amerikanischen Märkte „überschwemmen“, finden amerikanische Politiker unerhört – auch wenn es Amerikas eigene Global Player sind, die diese Waren in China produzieren lassen, damit Gewinne einheimen und diese Billigimporte die Inflationsrate niedrig halten. Dass chinesische Devisengewinne massenhaft US-Schatzbriefe kaufen, finden seine Finanzstrategen unheimlich – auch wenn China mit seinen Dollarkäufen letztendlich ausgerechnet die Kriege finanziert, mit denen Amerika seine führende Rolle in der Welt sichern will, oder momentan verhindert, dass der Dollar noch einen ganz anderen Absturz hinlegt. Andererseits will man das Land weiterhin und sogar verstärkt als amerikanische Bereicherungsquelle benutzen; die damit verknüpften Wirkungen, ein stetig andauernder chinesischer Zuwachs an ökonomischen und militärischen Macht-Mitteln, sollen aber auf alle Fälle unter Kontrolle gehalten werden.

Dafür bringt Amerika gegen den Newcomer in der Sphäre der Ökonomie alle „konventionellen“ Mittel in Anschlag, die es sich in den supranationalen Organisationen zur Regelung seines Vorteils auf dem Weltmarkt geschaffen hat (Dumpingklagen, Beschwerden über den „künstlich“ niedrigen Yuan etc.). Und nicht nur das. Auch in China beklagt Amerika natürlich dauernd den Zustand von Menschenrechten und Demokratie – sprich: Die USA vermissen die Zulassung von regierungskritischen Stimmen, NGOs und Oppositionsparteien, die sie für ihre Anliegen instrumentalisieren könnten. Und es sind, rein vorsorglich, versteht sich, auch deutliche militärische Schritte nötig, um die Aufholanstrengungen Chinas auf dem Felde der Waffen zum Scheitern zu verurteilen, sei es mit Raketenabfangprogrammen, sei es mit einer ziemlich weit gediehenen geostrategischen Einkreisung.

Gleichzeitig aber enthält die amerikanische Stellung zu China immer auch ein – ausgesprochen zwiespältiges – Angebot: Peking möge sich, gerade angesichts der „drohenden Verschlechterung“ der doch so nützlichen Beziehungen, lieber fügen, Rücksicht nehmen auf die Vorhaltungen der Weltmacht, sich einordnen in die pax americana und eine darin für Amerika nützliche, dann aber auch anerkannte Rolle spielen. Barack Obama hat die chinesische Führung mit Angeboten in diesem Sinne geradezu bombardiert. Er hat den kommunistischen Führern in Beijing seine Anerkennung für ihre ökonomische und politische Potenz ausgesprochen, um sie damit zur Ein- und Unterordnung in seine, die US-amerikanische Weltordnung, zu bewegen – ein ziemlich anspruchsvolles Ideal imperialistischer Gewalt.²

Es ist nämlich tatsächlich so, dass Amerika China ebenso sehr *braucht* wie es China *nicht aushält*. Amerikanisches Geschäft braucht die Ausbeutung chinesischer Arbeitskraft, den Import billiger Waren, den Kapitalexport nach China und beklagt all das *gleichzeitig* als Verhinderung amerikanischen Geschäfts und als Arbeitsplatzabbau; der amerikanische Staat braucht die Dollarkäufe Chinas *und* leidet unter dieser Abhängigkeit; Amerika braucht selbst die Staatsgewalt in China, damit dort ein geregelter Geschäftsleben stattfindet – und findet deren

² Vgl. dazu den Artikel „Obama bietet der aufsteigenden Großmacht China Mitverantwortung für die amerikanische Weltordnung an“ in GegenStandpunkt 4/09

Macht zugleich *unerträglich*.

„Multipolare Welt“

Es ist also nicht verwunderlich, dass China den ziemlich „unilateralen“ Weltordnungswillen der USA nicht nur allgemein als Einengung seiner Handlungsfreiheit zur Kenntnis nimmt, sondern ihn eindeutig auf sich und sein Aufstiegsinteresse bezieht, das damit angegriffen ist. Und es lässt keine Zweifel daran, dass es das nicht hinnehmen will. Früher haben die chinesischen Kommunisten die Welt einmal dafür angeklagt, dass in ihr der „US-“ und später der „Sozialimperialismus“ der Sowjetunion zu Unrecht die Interessen der „fortschrittlichen“ Völker „dominierten“. Heutzutage stören sich ihre Nachfolger daran, dass China in seinem Recht auf „friedliche Entwicklung“ – so nennen sie das Vorhaben ihres Landes, zu einer *kapitalistischen Großmacht* aufzusteigen – behindert wird. In ihren „Weißbüchern“ bedauern sie, dass die ansonsten auf der Welt bereits vorbildlich herrschenden „Haupttendenzen Frieden und Entwicklung“ durch das Treiben „einer Macht“ empfindlich gestört werden: Amerika „maßt“ sich „an“, die Welt „hegemonial“, „unipolar“ zu beherrschen und jede Veränderung seiner Weltordnung strikt zu unterbinden. Dagegen setzt China sein „Konzept“ einer „multipolaren Welt“ – und kündigt mit dieser Formel, die harmlos und beschwichtigend klingen soll, nicht weniger als seinen *Kampf* gegen Amerikas Vormachtstellung an. Die heutigen chinesischen Machthaber sind nicht gewillt, das „Kräfteverhältnis“ auf der Welt als unveränderlich hinzunehmen. Auch in Sachen *Machtkonkurrenz* wollen sie also nur das Eine: Mithalten! – und dafür nehmen sie alles Nötige in Angriff, ob die Modernisierung ihrer Marine oder entsprechende strategische Allianzen.

Seit dem Ausbruch der weltweiten *Finanzkrise* sieht sich die Volksrepublik mit der bitteren Wahrheit konfrontiert, dass der *Weltmarkt*, den sie bisher als Mittel ihres Aufstiegs genutzt hat, ihr eine Quittung präsentiert, die sie in mehrfacher Hinsicht sehr grundsätzlich *schädigt*.

- Ihre Devisenreserven entwerten sich. Die Summen, die der chinesische Staatsfond in Geschäfte wie etwas die der Investmentfirmen Freddie Mac und Fanny Mae gesteckt hatte, haben sich bereits in Luft aufgelöst. Der Rest ihrer Dollar-, Yen- und Eurobestände ist bedroht von noch gar nicht abzuschätzenden Wirkungen, die Krise und die jeweiligen staatlichen Rettungsmaßnahmen auf die etablierten Weltwährungen haben.
- Gleichzeitig wächst erstmals seit vielen Jahren der Staatsschatz nicht mehr, da sowohl das Exportgeschäft wie auch die ausländischen Direktinvestitionen im großen Stil wegbrechen. Zudem fließt angesichts unsicherer Aussichten des Geschäfts Kapital nach Hongkong ab.
- In der chinesischen ‚Realwirtschaft‘ macht sich die Abhängigkeit der Geschäfte von den ausländischen Märkten (USA, Japan, Europa) geltend: Ein großer Teile der Weltmarktfabriken ist in ungemein kurzer Zeit geschlossen worden; Millionen von Arbeitskräften werden ohne jegliche soziale Absicherung entlassen (bis Ende Januar allein 20 Mio. Wanderarbeiter) und die Perspektiven für die jährlich zusätzlich auf den Arbeitsmarkt strömenden Jugendlichen (davon allein 5,5 Mio. Studienabgänger) sind erbärmlich schlecht.

Der chinesische Staat, der seinen Erfolg wie das Leben und Überleben seines Volks praktisch davon abhängig gemacht hat, dass auf seinem Territorium kapitalistisches und auf den Weltmarkt bezogenes Geschäft stattfindet, sieht sich konfrontiert mit den „Naturgesetzen“ dieser Marktwirtschaft. Wenn dieses Geschäft nicht jedes Jahr erheblich *wächst* – in China müssen das mindestens 8% sein –, kann die Gesellschaft nicht einfach zumindest auf dem bisherigen Niveau weiter existieren. Ihr ökonomisches Leben hängt an diesen Profitrechnungen und bricht deshalb im großen Stil weg. Das ist nicht, wie in vorsozialistischen Zeiten, Folge von natürlichem Mangel oder Naturkatastrophen. Obwohl alle materiellen Mittel des Produzierens – qualifizierte Arbeitskräfte, natürliche Ressourcen, industrielle Technik – inzwischen im Überfluss vorhanden sind, herrscht dann „die Krise“.

Diese Notlage geht die chinesische Regierung mit einem entschiedenen „Jetzt erst recht!“ an. Sie setzt alle ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ein und verkündet, wie alle anderen imperialistischen Mächte auch, dass sie sogar gestärkt aus der Krise herausgehen wird. Mit geldpolitischen Instrumenten und einem schnell verabschiedeten gigantischen Konjunkturpaket hat sie der Wirtschaft auf die Beine geholfen. Haushaltspolitische Erwägungen ebenso wie andere Staatsziele, etwa der Aufbau einer Sozialversicherung und die Durchsetzung der Arbeitsrechtsreform, hat sie fürs erste aufgeschoben. Auch in China zeigt sich auf diese Art und Weise drastisch, was inzwischen der *Systemzweck* ist, an dem alles hängt und von dessen erneutem Funktionieren alles andere abhängt – von wegen kapitalistische „Methoden“ und den „Tiger reiten“.

Die *Krisenkonkurrenz* verschärft dabei alle schon bisher vorhandenen Widersprüche und Gegensätze der Staaten. Alle haben jetzt ihre guten, nationalen Gründe dafür, das Wachstum in ihrem Land *gegen* und *auf Kosten* der anderen zu sichern und befürchten gleichzeitig, dass ihnen damit langfristig die Mittel ihres Gewinnemachens abhanden kommen – die globalen freien Märkte, weshalb sich alle gegenseitig vor „Protektionismus“ warnen. Sie beanspruchen die Konjunkturmaßnahmen der anderen einerseits als Mittel für sich („China soll die Welt retten“), machen andererseits eben deren Rettungsstrategien für ihre schlechten Aussichten verantwortlich (neue Attacken der USA gegen einen „unterbewerteten“ Yuan). Amerika kriegt zu spüren, wie weit sein Dollar und damit seine gesamte schöne Finanzwelt inzwischen von einer konstruktiven Politik der Volksrepublik abhängig sind – ein ganz und gar unerträglicher Zustand für seinen Anspruch, auch ökonomisch die Welt zu führen. Umgekehrt müssen die Chinesen feststellen, dass eine Ablösung des Dollar-Regimes, an der ihnen gelegen wäre, jede Menge mögliche Schäden für ihre eigenen Interessen enthält. Deshalb kaufen sie zwar fürs erste weiter amerikanische Staatspapiere, verlangen aber – ganz als Eigentümer hart verdienender Dollars auftretend! – von den Amerikanern eine entsprechende Pflege ihrer Währung

...

Ganz klar also: „Die Haupttendenzen auf der Welt sind Frieden und Entwicklung“! (*Chinesisches Verteidigungsweißbuch*)

Dieser Text basiert auf Ausführungen zu Chinas Außenpolitik, die in dem Buch „China. Ein Lehrstück“ erschienen sind. Dort wird nicht nur die sozialistische Phase der Volksrepublik unter Mao ausführlich abgehandelt, sondern auch Chinas Entscheidung für die kapitalistische Produktionsweise, die damit in Gang gesetzte Subsumtion des gesamten Landes unter den Imperativ des Geldverdienens sowie die Konsequenzen, die das für die chinesische Gesellschaft, die Kommunistische Partei und ihren Staat hat.

Renate Dillmann, *China. Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht*. 2009, VSA-Verlag, 22,80 €